

Protokoll vom 21.01.21 des AK Einrichtungsleiter/innen

Die Teilnehmer/-innen sind in der Liste im Anhang aufgeführt.

Start: 9 Uhr

Ende: 12 Uhr

TOP 1: Protokoll

Das Protokoll von der letzten Sitzung wird verabschiedet.

TOP 2: Neues aus den Einrichtungen

- Rückgang in der Belegung in der Inobhutnahme; es wird vermutet das dieses mit den Lockdownmaßnahmen zusammenhängen könnte
- Aktuell gibt es Kurzarbeit im Rahmen der Schulbegleitungen, da die Schulen noch geschlossen sind
- Es werden Schnelltests in verschiedenen ION-Gruppen eingesetzt, was zu einer deutlichen Entspannung bei allen Personen (Jugendliche und Mitarbeitende) geführt hat; diese werden von examinierten Krankenschwestern vor Ort durchgeführt
- die Belegung bei den Wohngruppen dauert länger, da sich das Verfahren bis zur Kostenübernahmen aufgrund der Coronasituation verlangsamt hat
- es hat sich bei den Entgeltverhandlungen die Frage gestellt, wie und in welchem Maße werden zukünftig die Kosten für die Schutzmaßnahmen als auch die der Digitalisierung finanziert
- es gibt eine Diskussion über die zur Verfügungstellung von FFP´s Masken für alle Mitarbeitenden, da die Kostenübernahme nicht geklärt werden kann
- Ungleichbehandlung zwischen den Lehrkräften (Kultusministerium) und dem pädagogischen Personal beschäftigt die Einrichtungen mit einem SBBZ
- es wird die Anerkennung der Arbeit als „systemrelevant“ vermisst und es findet in der Öffentlichkeit keine Berichterstattung über Jugendhilfemaßnahmen statt
- Anträge werden verstärkt abgelehnt, gerade in den Bereich der Sonderleistungen oder Therapien
- Die Jugendämter sind im Land sehr unterschiedlich in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Jugendhilfeträgern aufgestellt, was die Zusammenarbeit immer wieder erschwert oder auch erleichtert
- Es wurde ein taskforce „Corona“ gebildet, um gemeinsam mit dem KVJS und weiteren Personen einen besseren und intensiveren Austausch zu gestalten
- Die Tagesgruppen bei den Trägern sind in der Pandemie geöffnet um den Kindern und Jugendlichen ein stabiles Hilfesystem zur Seite zu stellen
- der KVJS stellt zeitnah sein 9. Eckpunktepapier „Corona“ vor, was mit allen Gremien immer abgesprochen werden muss, aus diesem Grunde verzögern sich auch die Bereitstellungen der Eckpunktepapiere

TOP 3: Meldungen nach §47 SGB VIII

- es gibt eine neue Handlungsrichtlinie zur Meldung nach §47 SGB VIII vom KVJS

- es sollen zukünftig alle Vorfälle anlog dieses Eckpunktepapiers gemeldet werden
- die Meldungen sollen über das entsprechende Dateiformular an die jeweiligen benannten Personen beim KVJS gesendet werden
- nach wie vor melden über die Hälfte der Jugendhilfeträger keinen einzigen Fall im Jahr an den KVJS, was dort zu großer Verwunderung führt
- es hat sich empfohlen, die Meldungen nicht zu zeitnah an den KVJS zu senden, sondern ihn im ersten Schritt lediglich vorab darüber zu informieren; so können die Ergebnisse besser und zielgerichteter protokolliert werden.

TOP 4: Urteil Bundesverfassungsgericht zur Kostenheranziehung

- es gibt ein neues Urteil zur Kostenheranziehung für Jugendliche und junge Menschen
- jeder Träger möge doch bitte dieses Urteil an die entsprechenden Jugendämter weiterleiten und individuell abklären, wie dieses umgesetzt werden kann
- in einem jeweiligen Einzelgespräch mit den Jugendämtern ist die Klärung der Situation am einfachsten

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind auf das nächste Treffen aus Zeitgründen verschoben worden.

Die nächste Sitzung findet am 29.04.21 wieder digital statt.

Für das Protokoll:
Jens Brandt